

Kurzberichte



Yannick (links vorne) und Joshua Pfeifer (rechts vorne) mit Manfred Lucha und Ursula Schumacher, Chefin der „Radio-7-Drachenkinder“. FOTO: FELIX KÄSTLE

20 000 Euro von den Briefzustellern für die Radio-7-Drachenkinder

RAVENSBURG (sz) - Vor fünf Jahren ging die Aktion erstmals an den Start – und auch in diesem Jahr kam wieder eine große Summe für die gute Sache zusammen: 400 000 Drachenkinder-Briefmarken wurden seit Oktober 2020 verkauft, 20 000 Euro sind auf diese Weise gesammelt worden. Am Montag konnten die Vertreter von Südmil, Südwest Mail und Ostalb Mail der Leiterin der Drachenkinder-Aktion bei Radio 7, Ursula Schumacher, den entsprechenden Scheck überreichen. Zum fünften Mal haben die drei privaten Briefzusteller die Marke herausgegeben: 75 Cent kostet sie, jeweils 5 Cent davon gehen an die Drachenkinder. Seit Beginn der Aktion wurden rund 2,4 Millionen Briefmarken verkauft. Pate der Aktion ist seit Jahren Baden-Württembergs Sozialminister Manfred Lucha. „Eine wunderbare Aktion, der ich mich sehr verbunden fühle“, sagte der Grünen-Politiker am Montag. „Wir lassen niemanden im Stich, wir grenzen niemanden aus – dafür steht diese Aktion.“ Unterstützt werden Eltern und Kinder in der Region. Wie die Spendengelder verwendet werden, darüber entscheidet ein unabhängiges Gremium bei Radio 7.

50 Notfalleseelotser aus dem Südwesten helfen den Flutopfern

BRUCHSAL/STUTT GART (epd) - Zu einem dreitägigen Einsatz in dem von Hochwasser hart getroffenen Kreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz haben sich 50 Notfalleseelotser aus Baden-Württemberg aufgemacht. Sie sind am Montag von der Landesfeuerwehrschule Bruchsal aus aufgebrochen, teilten die katholische und evangelische Kirche mit. Die Aktion findet auf Bitten der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem katholischen Bistum Mainz statt, deren eigene Seelotser teilweise am Ende ihrer Kräfte seien, hieß es weiter. Laut Markus Schwab von der Notfalleseelotser ist die Hilfe weiterhin nötig, weil immer noch Angehörige vermisst oder bei den Aufräumarbeiten Tote gefunden würden.

Polizei beendet unerlaubte Party in einem Tunnel bei Leonberg

LEONBERG (dpa) - In einem alten Tunnel im Landkreis Böblingen hat die Polizei eine unangemeldete Party mit etwa 50 Gästen aufgelöst. Ungefähr 50 weitere Menschen befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg zu der Feier, wie die Beamten am Montag mitteilten. Zeugen hatten am Samstagabend gemeldet, dass der Tunnel unter einer Autobahnbrücke bei Leonberg mit schwarzen Planen abgehängt worden war. Der Veranstalter habe ein Notstromaggregat und eine Licht- und Soundanlage in den Tunnel geschafft. Auch Hygienemaßnahmen gab es. Laut einem Polizeisprecher kommt auf den Mann wegen der „unerlaubten Sondernutzung“ des Tunnels nun ein Bußgeld zu.

Hans-Ulrich Rülke liebäugelt im Bund mit einer Koalition aus CDU, FDP und SPD

STUTT GART (dpa) - Die Bundes-FDP muss aus Sicht des baden-württembergischen Fraktionschefs Hans-Ulrich Rülke den grünen Einfluss nach der Bundestagswahl minimieren. „Wir haben hier in Stuttgart festgestellt, dass die Grünen, wenn sie sich stark fühlen, das Ziel verfolgen, die eigene Agenda in Koalitionsverhandlungen zu 100 Prozent durchzusetzen“, sagte Rülke der „Südwest Presse“ und den „Badischen Neuesten Nachrichten“. „Die baden-württembergische CDU kann davon ein Lied singen.“ Rülke rät der Bundes-FDP, nach der Wahl Konstellationen anzustreben, „die den Einfluss der Grünen begrenzen“. Dies könne auch eine Koalition aus CDU, FDP und SPD sein.



Die Menschen in Baden-Württemberg haben mehr Müll angehäuft – und müssen tiefer in die Tasche greifen, um ihn wieder loszuwerden. FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

Mehr Müll

Abfallmenge wegen der Pandemie gestiegen – Bürger zahlen höhere Gebühren

Von Theresa Gnann

STUTT GART - Eigentlich soll in Baden-Württemberg immer weniger Abfall anfallen – das ist Ziel der Landesregierung. Jahrelang hat das relativ gut funktioniert – 2020 aber stieg die Müllmenge deutlich. Das geht aus der Abfallbilanz hervor, die Umweltstaatssekretär Andre Baumann am Montag in Stuttgart vorstellte. Demnach verursachte jeder Baden-Württemberger im vergangenen Jahr durchschnittlich 368 Kilo Rest- und Sperrmüll, Bioabfälle und wertstoffhaltige Abfälle. Das sind 13,5 Kilo mehr als im Jahr zuvor. „Wir dürfen nicht vergessen, dass 2020 mit der Corona-Pandemie ein Ausnahmejahr war – auch für die Abfallwirtschaft“, sagte der Grünen-Politiker. Die wichtigsten Punkte im Überblick.

Wie viel Müll fiel im Südwesten 2020 insgesamt an?

12,74 Millionen Tonnen an Abfällen entsorgten die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger Baden-Württembergs im vergangenen Jahr – vier Prozent mehr als im Vorjahr. „Die Menschen waren einfach mehr zu Hause“, erklärte Staatssekretär Baumann die gestiegenen Zahlen bei den häuslichen Abfällen. Insgesamt fielen hier 4,1 Millionen Tonnen an: 46 Prozent davon als Wertstoffe aus Haushalten, 39 Prozent als Haus- und Sperrmüll und 15 Prozent Abfälle aus der Biotonne. Letzteres bezeichnete Baumann als „kleinen Erfolg“. Schließlich sei die Menge an

Bioabfällen von 51 auf 55 Kilo pro Kopf gestiegen und damit prozentual stärker als der Hausmüll. Dem Ziel von 60 Kilo Biomüll pro Kopf kommt das Land zwar näher, doch noch immer werde zu viel Biomüll über den Restmüll entsorgt.

Wie groß sind die regionalen Unterschiede?

Groß. Spitzenreiter in der Region sind die Menschen im Landkreis Biberach. Mit 158 Kilo Haus- und Sperrmüll pro Kopf liegen die Biberacher weit über dem Landesschnitt (146). Im Nachbarkreis Ravensburg fällt mit 100 Kilo pro Kopf deutlich weniger Haus- und Sperrmüll an. Auch der Ostalbkreis (116), der Bodenseekreis (121), der Alb-Donau-Kreis (123), der Stadtkreis Ulm (133) sowie die Kreise Tuttlingen und Sigmaringen (beide 139) liegen unter dem Landesschnitt.

Seit 2015 müssen Landkreise Bioabfälle getrennt vom übrigen Müll entsorgen. Dagegen hatten sich mehrere Kreise gewehrt, darunter Sigmaringen und Biberach. Das Argument: Die Kosten für das Einsammeln des Biomülls stünden in keinem Verhältnis zur Menge. Inzwischen haben die Bürger in 38 von 44 Landkreisen die Möglichkeit, eine Biotonne oder Biobeutel zu nutzen. Auch die Kreise Sigmaringen und Biberach haben eingelenkt und werden in den nächsten Jahren eine separate Bioabfallsammlung anbieten.

Was geschieht mit dem Müll?

Anders als noch vor einigen Jahren

landet auf den Deponien heutzutage vor allem noch Bauschutt, Straßenaushub und Bodenaushub. 7,12 Millionen Tonnen davon sind im vergangenen Jahr im Land angefallen. 81 Prozent davon können nicht wiederverwertet werden. Anders sieht es bei Siedlungsabfällen aus. Die werden zu 99 Prozent weiter genutzt: Biomüll etwa wird entweder zu Kompost oder über Vergärungsanlagen zu Energie. Restmüll wird zum Großteil verbrannt und erzeugt Strom oder Wärme.

Reichen die Deponiekapazitäten?

Ja, aber womöglich nicht mehr lange. Aufgrund der langen planerischen Vorlaufzeiten bei Deponien müsse man schon jetzt das Jahr 2030 im Blick haben, so Baumann. Anfang des Jahres hat das Umweltministerium deshalb den Entwurf einer Deponiekonzeption vorgelegt. Das Ergebnis: Die aktuell ausgebauten Deponiekapazitäten der Klasse 0 (gering belastete mineralische Abfälle) wären ohne weitere Neubaumaßnahmen landesweit bereits im Jahr 2030 erschöpft. Und: Vor allem in Baden, aber auch in Oberschwaben könnten auch die Kapazitäten für belasteten Bodenaushub oder nicht verwertbare Bau- und Abbruchabfälle knapp werden. Steigen die Ablagerungsmengen weiter an, könnte etwa die Raumschaft 8, dazu gehören die Landkreise Sigmaringen, Biberach, Ravensburg und der Bodenseekreis, schon ab 2024 rechnerisch kein Restvolumen mehr ausweisen. Deponien auszubauen und eine Kreislaufwirt-

schaft anzustreben, widerspreche sich nicht, so der Umweltstaatssekretär. Je mehr Stoffe man aus Abfällen für eine neue Nutzung wiederverwerten kann, desto wichtiger sei es die verbleibenden Reststoffe dem Kreislauf zu entziehen. „Diese langfristig, gesichert und ohne allzu weite Transportwege zu deponieren ist ein weiterer wichtiger Pfeiler für eine klimaschützende Kreislaufwirtschaft.“

Wie haben sich die Abfallgebühren entwickelt?

Wie schon in den vergangenen Jahren haben zahlreiche Kommunen die Müllgebühren erneut erhöht. Laut Abfallbilanz liegen die Gebühren, die ein Vier-Personen-Haushalt aktuell für die Abfallentsorgung zahlen muss, im Landesschnitt bei etwa 171 Euro. Das sind fast sechs Euro mehr als im vergangenen Jahr. Die steigenden Gebühren erklärten sich laut Baumann unter anderem durch sinkende Wertstofflöse und gestiegene Personalkosten. „Im Vergleich zur allgemeinen Preisentwicklung liegen die Abfallgebühren im Land unter dem Niveau der Inflation“, erläuterte der Umweltstaatssekretär. Hätten sich Müllgebühren seit 2002 so entwickelt wie die allgemeinen Preise, müssten Baden-Württemberger heute fast 231 Euro für ihre Abfallentsorgung zahlen.

Grafiken zur Abfallbilanz in den Landkreisen finden Sie online unter schwabisches.de/abfall

Aus der Forschung in die Arztpraxis

Land zahlt 40 Millionen Euro für Pilotprojekt zur Gesundheitsversorgung im Rhein-Neckar-Raum

Von Julia Giertz

STUTT GART (dpa) - Die Pandemie zeigt, wie wichtig medizinische Forschung und Versorgung sind. In Baden-Württemberg soll das Gesundheitswesen durch Vernetzung aller Akteure schlagkräftiger werden. Doch wer soll die Allianz bezahlen? Die CDU hat da schon eine Schatulle im Visier.

Im Rhein-Neckar-Raum sollen Gesundheitsversorgung, medizinische Forschung und Lehre zusammenwachsen: Der Innovationscampus „Health & Life Science Alliance Heidelberg Mannheim“ rückt mit einer verbindlichen Erklärung der sieben Gründungspartner ein Stück näher. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hob am Montag auch die wirtschaftliche Bedeutung des Projektes hervor. „Die Bereiche Gesundheit und Lebenswissenschaften sind vielversprechende Wachstumsmärkte nicht nur in Deutschland, sondern weltweit“, sagte sie.

Das Land zahlt 40 Millionen Euro Starthilfe für das Vorhaben, zu dem



Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

sich jetzt die Universität Heidelberg, die Uniklinik Mannheim, das Max-Planck-Institut für medizinische Forschung, das Zentralinstitut für seelische Gesundheit, das Deutsche Krebsforschungszentrum sowie das European Molecular Biology Laboratory bekannt haben. Der Zusam-

schluss mit Sitz in Heidelberg soll auch dazu dienen, Erkenntnisse der medizinischen Forschung möglichst schnell zur Genesung Kranker einsetzen zu können.

Der Chef der Grünen-Fraktion im Landtag, Andreas Schwarz, verspricht sich deutliche Fortschritte

für die Gesundheit einer immer älter werdenden Gesellschaft – von neuen Krebstherapien bis zur individualisierten Medizin.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine über die Anschubfinanzierung hinaus gehende stetige Unterstützung der Allianz. Der Wissenschaftsexperte Albrecht Schütte nannte eine jährliche Summe von 25 Millionen Euro des Landes, die durch Gelder von Bund, EU, Firmen und Sponsoren der Region mindestens verdoppelt werden müsse. Sonst gelange die Allianz leicht ins Hintertreffen mit ähnlichen Clustern etwa in München oder Boston. Die Mittel könnten für Gebäude, Forschungsgeräte sowie für Personalkosten für exzellente Wissenschaftler verwendet werden, erläuterte der Physiker.

Der Rhein-Neckarraum wird vom Land als dritter Innovationscampus neben dem „Cyber Valley“ rund um Künstliche Intelligenz im Raum Stuttgart/Tübingen und dem Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ in Karlsruhe/Stuttgart gefördert.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tübingen, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Steffi Dobmeier (digital), Andreas Müller;
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser;
Leitender Redakteur (Editorenpool): Dirk Augustin
Politik: Katja Korf; Wirtschaft: Benjamin Wagener;
Journal/Kultur: Katja Waizenegger; Sport: Martin Deck;
Beilagen/Wochenende: Simone Haefele;
Gestaltung: Hassan Al Mohtasib
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann
Redaktion Berlin: Claudia Kling
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigentelefon 0751 / 2955-91139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Presliste Nr. 73 vom 11.2021.
Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de